

„Gesamthaft sehe ich eher die Vorteile einer längeren Legislaturperiode“

Interview S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit
Herrn Günther Fritz, Liechtensteiner Vaterland

23. Oktober 2010

Durchlaucht, wie stehen Sie zu der von der Koalitionsregierung Tschütscher präsentierten Agenda 2020?

Ich begrüße es, dass die Regierung mit der Agenda 2020 eine längerfristig ausgerichtete Perspektive in die Politik einbringen sowie eine Priorisierung der Staatsaufgaben erreichen will.

Welche inhaltlichen Schwerpunkte der Agenda 2020 liegen Ihnen besonders am Herzen? Gibt es Themen, die Ihnen fehlen?

Die Agenda 2020 nennt verschiedene Schwerpunkte, die auch mir am Herzen liegen, wie zum Beispiel die Sanierung des Staatshaushaltes inklusive der langfristigen finanziellen Absicherung unserer Sozialsysteme, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes oder das Sicherstellen einer hohen Qualität unseres Bildungssystems. Es gibt auch andere, mir wichtige Themen, die in der Agenda 2020 zumindest nicht explizit genannt sind. Aber man muss auch berücksichtigen, dass nicht alles gleichzeitig in die Agenda aufgenommen werden kann, wenn man sich eine Priorisierung der Aufgaben zum Ziel setzt.

Die Erfahrung zeigt, dass Strategiepapiere zwar oft sehr gut tönen, doch meistens hapert es bei der Umsetzung. Wie schätzen Sie die Realisierbarkeit der aufgezeigten Massnahmen ein?

Es wird wichtig sein, in einem nächsten Schritt möglichst vielen die Agenda 2020 zu erklären und sie mit einzubeziehen, wenn es darum geht, die in der Agenda allgemein definierten Handlungsfelder zu konkretisieren. Entscheidend wird auch sein, dass in regelmässigen Abständen der Umsetzungsstand kontrolliert und rechtzeitig reagiert wird, wenn Umsetzungsprobleme auftauchen.

Die Regierung will die Umsetzung der Agenda 2020 von einem «Internationalen Expertenrat» begleiten lassen. Inwieweit macht ein solches Gremium für Sie Sinn?

Ich kann mir vorstellen, dass ein solches Gremium der Regierung helfen kann, den Umsetzungsprozess zu kontrollieren, indem es regelmässig hinterfragt, ob der Umsetzungsstand den ursprünglichen Zielsetzungen der Agenda 2020 entspricht. Ausserdem könnte ein solches Gremium – je nach Zusammensetzung – der Regierung ein nützlicher Ratgeber in heiklen Umsetzungsfragen sein.

Aufhorchen liess an der Pressekonferenz vom vergangenen Dienstag vor allem, dass die Regierung eine Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre anstrebt, um die Konstanz und Stabilität in der Regierung zu erhöhen. Was halten Sie davon?

Eine Verlängerung der Legislaturperiode hätte meiner Ansicht nach den Vorteil, dass die Zeit verlängert wird, in der eine Regierung ordentlich arbeiten kann. Es braucht nämlich meist einige Zeit, bis eine neue Regierung steht. Dann müssen sich die Regierungsmitglieder oft noch zuerst in die

neuen Ressorts einarbeiten. Schliesslich ist die Regierung schon bald wieder mit dem Problem konfrontiert, dass gewisse Agenden während der Wahlkampfzeit nur schwer angegangen werden können. Die beste Arbeitszeit für die Regierung reduziert sich so in der Praxis auf 2 bis 2 1/2 Jahre.

Der Nachteil einer solchen Regelung ist, dass eine schlechte Regierung ein Jahr länger im Amt bleibt. Allerdings gibt unsere Verfassung die Möglichkeit, einer problematischen Regierung vorzeitig ein Ende zu setzen, auch wenn dies in der politischen Praxis dann vielleicht nicht immer so einfach ist. Gesamthaft sehe ich eher die Vorteile einer längeren Legislaturperiode.